

Während wir die Schöpfung besser kennenlernen, sollten wir auch eine bessere Kenntnis des Schöpfers erhalten und eine tiefere Erkenntnis der Verantwortung des Menschen für das, was Gott damit will.

Werner von Braun

Die dritte Tendenzwende

Politischen Schlagworten ist meist kein langes Leben beschieden. In Massengesellschaften wie der unseren mit ihren Modeerscheinungen und Trendanfälligkeiten schon gar nicht. Sie werden irgendwo entdeckt oder erfunden, von irgendwelchen journalistischen, politischen oder literarischen Medien in Bewegung gebracht, lösen allüberall Diskussionen aus, erregen so eine Zeitlang die Gemüter, rühren am Tiefsinn von intellektuellen Zeitkritikern; und kaum daß man sich's versieht, versickern sie oder verschwinden im Halbdunkel des Vergessens.

Dieses Schicksal teilen nicht nur Parolen der politischen Tagesauseinandersetzung, die zwar einen beträchtlichen Streit, aber keinen ernst zu nehmenden Denkwert haben. Auch *Chiffren* mit Hinweischarakter für Tiefenströmungen der Zeit pflegen ihm nicht zu entgehen. *Tendenzwende* war eine solche Chiffre, der solches Schicksal widerfahren ist. Plötzlich, vor etwa drei bis vier Jahren, war sie da, sehr unversehens, ohne daß man so recht wußte woher und ohne daß so ganz klar wurde, welche Tendenzen und welche Wendungen damit gemeint waren. Tagungsreferenten und Leitartikler beschäftigten sich über Monate damit; dann kamen andere Themen – die Grundwertediskussion zum Beispiel. Von Tendenzwende redete man nur noch ab und zu mehr zeremoniell als inhaltlich, und seit einiger Zeit hört man kaum noch von ihr. Die Diskussion darüber wurde nicht abgebrochen, sie erledigte sich offenbar von selbst. Möglicherweise aus Mangel an weiterem Interesse, möglicherweise weil man meinte, damit doch nichts Zeitbestimmendes getroffen zu haben – oder weil man sich nicht in der Lage sah, die damit aufgeworfenen Probleme wirklich auszudiskutieren und zu verarbeiten. Vieles scheint – jedenfalls im Falle der Tendenzwende – für letzteres zu sprechen. Unaufgearbeitetes pflegt aber weiterzuwuchern in ungesteuerten Prozessen der Selbstentwicklung. Und wer weiß, ob sich inzwischen nicht ganz andere Wendungen abzeichnen, ohne daß wir uns so recht darüber Rechenschaft geben. Es könnte auch sein, daß sich Tendenzwenden durchzusetzen beginnen, die

anderes meinen oder zu anderem führen als das, was ursprünglich damit verkündet worden war.

Welche Tendenzen und welche Wendungen?

Kehren wir zunächst zum Ausgangspunkt zurück. Ursprünglich verstand man unter Tendenzwende der mittleren siebziger Jahre – grob schematisiert – dreierlei: 1. *Die Abkehr von politischer, sozialer und pädagogischer Reformeuphorie.* Die in der Bundesrepublik durch die sozial-liberale Koalition der Ära Brandt-Scheel geweckte Hochstimmung („Wandel durch Annäherung“, „Mehr Demokratie wagen“, „Die Belastbarkeit der Wirtschaft erproben“, „Mehr Freiräume und mehr Partizipation“, „Mehr pädagogische, auch alternative Experimente in den Schulen und Bildungsinstitutionen“) erhielt einen Knick: Die Ostpolitik blieb hinter den Erwartungen zurück; die verschiedenen Versuche einer institutionellen Fortentwicklung von Demokratisierungsmodellen hatten an die Grenzen der Belastbarkeit des öffentlichen Meinungsklimas geführt („Polarisierung“); Reformen großen Stils erwiesen sich dort, wo sie nicht wie in der Rechtspolitik kostenneutral waren, bald als nicht mehr finanzierbar. Eine rückläufige Wirtschaftsentwicklung (Inflation, schrumpfendes Wachstum, steigende Arbeitslosigkeit) half der Einsicht in die Grenzen der Reformierbarkeit gesellschaftlicher Systeme und der Spielräume für die politische Führung in hochkomplexen industriellen Gesellschaften nach. Den Experimenten in den Schulen und Bildungsinstitutionen war bald eine breite Verunsicherung wenigstens bei Eltern und Lehrern und zum Teil auch bei Kindern und Jugendlichen gefolgt; man gab sich wieder Rechenschaft, daß im Bereich von Erziehung und Bildung nicht nur Grenzen der politischen Durchführbarkeit, sondern auch der anthropologischen Belastbarkeit zu achten sind; daß ungeprüfte, Entwicklungs- und Verarbeitungsfähigkeit überfordernde erzieherische Veranstaltungen

(„Experimente an unseren Kindern“) Individuum und Gesellschaft zerstören können.

2. *Ein erkennbares Auslaufen der neomarxistischen Welle, wie sie für die Studenten- und Jugendbewegung der späten sechziger Jahre kennzeichnend war.* Der Marxismus wird nicht zuletzt im Blick auf die nüchtern eingeschätzte sowjetische Politik wieder stärker als Gefahr eingeschätzt. Sozialismusvorstellungen – auch solche gemäßigter Richtung – büßen im demoskopischen Gesamtbild an Sympathien ein. Seine radikalen Anhänger verlieren sich in Subkulturen und sektiererischen Zirkeln, auch wenn sich ihr Anhang an den Universitäten mit wechselndem Geschick und Gewicht behauptet. Eine Hinwendung zu Strömungen der Mitte und der rechten Mitte wird selbst unter der Studenten- und Schülerschaft erkennbar (Erfolge des RCDS und der Schüler-Union). Selbst der *Generationenkonflikt* schien sich zu entschärfen. Man diagnostizierte „ein Auslaufen der Unduldsamkeit“, „eine Annäherung der Generationen“. Die Jugend selbst, so die Demoskopin *Elisabeth Noelle-Neumann*, sei „am stärksten ergriffen worden vom Willen zur Versöhnung“. Eine Aussage übrigens, der viele heute noch nicht glauben werden.

3. *Eine gewisse Korrektur des Freiheitsverständnisses bei gleichzeitigem Bemühen, Institutionen aus ihrem Zustand allseitiger Verdächtigung herauszuführen.* Man spricht wieder laut und öffentlich aus, daß verbindliche Normen Friedensvoraussetzung im gesellschaftlichen Zusammenleben sind; daß unbegrenzte Emanzipation die sozialen Systeme überfordert und an der Kreativität und Fehlbarkeit des menschlichen Subjekts vorbeidriftet; daß Institutionen nicht ungestraft als Objekte allseitiger Schuldzuweisung mißbraucht werden können, sondern daß diese den einzelnen auch entlasten und notwendige Voraussetzung des Zusammenlebens und der Freiheitssicherung sind. Man schärft wieder ein, daß gesellschaftliche Normen, Verfassungsnormen zumal, nicht beliebig anerkannt oder abgelehnt werden können, sondern daß „die grundlegenden Verbindlichkeiten unserer politischen Ordnung zur Geltung zu bringen sind“ (*Hermann Lübke*). Man warnt vor allem laut vor normativer Beliebigkeit, will den Staat gegenüber der Gesellschaft wieder in sein Recht einsetzen. Zugleich wettet man gegen die Gleichheitsideale der neuen intellektuellen Eliten. *Helmut Schelsky* mit seiner Persiflage auf die „Priesterherrschaft“ dieser Intellektuellen ist der Prophet dieser Wende. In Bonn lösen die Realpolitiker die Reformpolitiker ab. Gefragt ist das „Machbare“.

Die Antriebskraft der Angst

Es waren durchaus *Grenzerfahrungen*, die zu dieser *ersten Wende* führten. Es setzte sich der Eindruck durch, man habe Mensch und Gesellschaft und deren erzieherische und politische Leistungsorgane durch utopische Zumutungen überfordert. Vorwiegend auf Grenzerfahrungen beruht auch die *zweite Wende*, die kaum als Tendenzwende angesprochen wird, die den Namen *Tendenz-*

wende, da ihre Wirkungen vermutlich breiter und tiefer sind, wenigstens ebenso sehr verdient wie die eben gekennzeichnete. Sie läuft zur ersten teils parallel, teils geht sie ihr voraus, teils folgt sie ihr. Auf jeden Fall reichen ihre Wurzeln tiefer zurück, weil in ihr die Grenzen des Fortschritts und der humane Sinn der bisherigen Entwicklung industrieller Gesellschaften überhaupt in Frage gestellt wird. Die Verfechter der ersten Tendenzwende registrieren teilweise diese zweite, vertreten bestimmte Anliegen wenigstens stückweise mit. Gesichtspunkte und Blickwinkel überlagern sich hin und wieder – z. B. in der Energie- und Umweltfrage; aber man kann nicht sagen, daß sie sie mitvertreten haben. Ihre Vertreter sind andere. Was meint diese zweite Tendenzwende, und wer vertritt sie? Wiederum sehr grobmaschig könnte man auch diese durch drei Grundzüge charakterisieren:

1. *Wie die Verfechter der ersten Tendenzwende die Reformeuphorie zu überwinden suchen, nehmen die Vertreter dieser zweiten Tendenzwende Abschied von der Wachstumseuphorie.* Der Umschwung vollzieht sich zwar in längeren Phasen als im ersten Fall; die Zeichen der Wende waren lange Zeit unauffälliger, die Änderungen, die sich damit anbahnen, erwiesen sich als sehr viel tiefgreifender. Die Umstellung von der Erkenntnis zur Tat mochte hier besonders schwierig sein; die Gefahr, diese Erkenntnis selbst bis in neue Utopien hinein zu überziehen, war um so naheliegender. Denn das Vertrauen in das Funktionieren ständigen Wachstums erschien nicht nur als solideste und problemloseste Form von Wohlstandssicherung, sie war im Nachkriegsdeutschland gerade deswegen auch Ideologieersatz. Man konnte damit nicht nur innere Probleme des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts verdrängen; solange keine erkennbare Sättigung eintrat oder das Angebot an Ressourcen sich nicht verknappte, brauchte man sich auch über den Sinn von Wachstum und Fortschritt wenig Gedanken zu machen. Solange die Bundesrepublik sich in der Wiederaufbauphase befand, waren oder erschienen solche Gedanken ohnehin nicht angebracht. Mit dem Hochkommen der Umweltproblematik, mit der nicht grundlosen Angst, ungehemmtes Wachstum, auch der ungehemmte Einsatz aller technologischen Mittel führe zur Schädigung der Umwelt und mindere die Qualität der Lebensbedingungen, wurden Zweifel an der Sinnhaftigkeit solchen Wachstumsoptimismus deutlich. Die Zweifel fanden in der Ölkrise ihre Bestätigung. Mit der Abhängigkeit von fremden Energieproduzenten wurde die Begrenztheit der nicht reproduzierbaren Rohstoffe sichtbar.

2. *Die aufkommenden Zweifel an der Wachstumseuphorie verschärfen sich zu einer Erschütterung des Fortschritts-glaubens insgesamt.* Man lebt zwar im und vom Fortschritt und regelt seine sozialen Probleme weiterhin entsprechend, aber man erkennt, daß man an seine Grenzen stößt. Es kommt die Frage auf, ob man sich der technologischen Entwicklung weiter überlassen könne oder ob diese, wenn sie nicht gebremst werde, nicht notwendig sich gegen ihre Erfinder und Träger, gegen den Menschen selbst, richten müsse. Der Warnung vor unkontrolliertem

Wachstum entspricht die Angst vor den unkontrollierbar werdenden technischen Systemen, und zwar keineswegs nur im militärischen, sondern durchwegs auch im zivilwirtschaftlichen Bereich. Zu was sollten neue Produktionssysteme, neue Technologien gut sein, wenn die Rückwirkungen auf Mensch und Umwelt nicht mehr kontrollierbar sind, wenn Strahlungs- oder Vergiftungstod für ganze Populationen droht? Der Mensch sollte wieder Vorrang haben in seinen selbstproduzierten Systemen. Die Erschütterung des Fortschrittsglaubens bezog sich dabei keineswegs nur auf die Technik und ihre Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse. Es verbreitet sich das Empfinden, das Tempo der Entwicklung laufe insgesamt zu schnell, der Mensch und seine Institutionen könnten zu guter Letzt nicht mehr in der Lage sein, sie zu steuern; ihr Ergebnis könnte die Selbstzerstörung des Menschen sein. Der Zweifel am Fortschrittsglauben war zugleich eine Absage an kalte Rationalität und an die Funktionalisierung seelischen Erlebens. Das alles war schon in der Jugendrevolte der späten sechziger Jahre angelegt. Antitechnologische Kulturkritik trat zunächst im Hippiegewand auf. Jetzt, in der Wachstums- und Fortschrittskritik, kam sie erst voll zum Durchbruch.

3. *Mit der Absage an den technologisch orientierten Fortschrittsglauben stellt sich in neuen Formen die Sinnfrage.* Sie ist zunächst jedenfalls nur diffus religiös. Sie stellt sich in der ganzen Breite, in der sie stimmungs- und bewußtseinsbildend wirkt, nicht als Frage nach dem Sinn des Lebens, auch wenn sie vielfach als solche interpretiert wurde und interpretiert wird, und – bei Lichte besehen – noch weniger als die Frage nach einem Leben und Geschichte sinngebenden transzendenten Gott, sondern in erster Linie als Frage nach dem Sinn des Fortschritts, nach dem Sinn menschlichen Zusammenlebens in einer hochtechnisierten Umwelt, nach dem Sinn der eigenen von Langlebigkeit, Leistungsüberdruß, Vereinsamungsfurcht bedrohten Existenz. Sie stellte sich auch und vor allem – und insofern war auch sie bereits in der Jugendrevolte vorgezeichnet – als Frage nach einer wenig als sinnvoll erfahrenen Gesellschaft. Überorganisation, Beherrschtsein von reinem Fachwissen, funktionalistisch reduzierte Erlebnisfelder und Erlebnisfähigkeit waren der Ausgangspunkt und die beherrschende Unterströmung. Erst in einer zweiten Phase artikulierte sich die Sinnfrage als Zug zur Verinnerlichung, als Demonstration einer neuen, erlebnisbezogenen Religiosität, als Frage nach dem transzendenten Sinn menschlicher Existenz – und das nur in begrenzten religiös ohnehin sensibilisierten Schichten von Jugendlichen und Erwachsenen.

Insgesamt bleibt die Sinnfrage mehr Andeutung, als daß sie zum impulsgebenden Aufbruch zu neuen Sinngehalten wird. Die beherrschenden Vokabeln dieser zweiten Tendenzwende sind und bleiben negativ abwehrend „Wachstums“- und „Leistungsfetischismus“ oder als Versuch beklagender Abwehr „Inhumanität der von Technik und Organisation bestimmten Lebenswelt“, positiv aufmunternd der Ruf nach „mehr Lebensqualität“, nach „einem neuen Lebensstil“. Die kennzeichnenden Programme sind

Amerys „Ende der Vorsehung“, Jungks in den Bürgerinitiativen sich verbreitende Antikernenergiekampagne und auf breiter Front, wenn auch scheinbar in der Meinungsbildung weniger durchschlagend, Eppers „Wertkonservatismus“.

Beiden Tendenzwenden eignet ein konservativer Grundzug, gleichgültig ob die Position ihrer Vertreter und die dadurch erzeugten Stimmungen von rechten oder von linken Argumenten genährt werden. Beide sind nicht frei von nostalgischen Anwandlungen. Bei den einen floriert die Vorstellung von den „gesunden fünfziger Jahren“, in denen noch Wertekonsens herrschte, die Übereinstimmung in den Zielen noch pragmatisch orientiert und nicht von radikalierenden Ideologien zerfressen war. Die anderen suchen nach einer neuen Lebensbasis unter den Verhältnissen gezähmten Fortschritts. Die Rückwendung reicht hier weiter und tiefer, weil sie eine ganze Zivilisation auf den Prüfstand stellt, während erstere sich vor allem gegen Konsenszerfall, gegen Experimentieren in anthropologisch besonders sensiblen Zonen, gegen Ideologisierung wenden. Vereinfacht gesagt: bei den einen ist es die Rückwendung zur Geschichte und/oder zu bestimmten Geschichtsepochen; bei den anderen die Rückwendung zur Natur oder zu bestimmten, teils romantisch-rousseauischen Vorstellungen von Natur. Beide Rückwendungen haben dabei mehr Mittel- als Zielcharakter. Man will die Besinnung auf Geschichte und Natur, weil die einen die Aushöhlung der Institutionen durch pädagogische Verunstaltungen und ideologische Verführung und damit die Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und die anderen die Zerstörung der „naturhaften“ Lebensbasis durch rücksichtslose Technisierung fürchten.

Stagnation durch Sicherheit

Dieser gemeinsame Grundzug politisch meist gegnerischer Lager scheint bedeutsam zu sein, denn er hat, jedenfalls im Bereich der Unterströmungen mit dem zu tun, was wir augenblicklich erleben und was ich die dritte Tendenzwende bezeichnen möchte. Was ist damit gemeint?

1. *Ein lange nicht mehr mit solcher Eindeutigkeit sichtbar werdendes Sicherheitsstreben in der ganzen Breite der Gesellschaft.* Dieses Sicherheitsstreben ist nicht von heute, aber es hat sich in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren noch nie so massiv artikuliert wie gegenwärtig. Darin scheint die eigentliche Tendenzwende zu liegen. In ihr setzen sich Elemente aus den beiden vorgenannten Wendungen teils fort, teils verstärken, teils überschlagen sie sich. Da ist einmal das *Sicherheitsbedürfnis gegenüber technischen Großrisiken* und natürlich auch die Sicherheit gegenüber einem unkontrollierten wissenschaftlichen Fortschritt insgesamt. Das öffentliche Ringen um die Kernenergie ist nur ein besonders pointierter Ausdruck dafür. Man will nicht nur Sicherheit vor Strahlungsschäden, vor nicht kontrollierbaren Strahlungs- oder Vergiftungskatastrophen. Es wächst das Mißtrauen in eine von der Technik beherrschte Zukunft. Man hat zunehmend

Angst vor Unkontrollierbarem, letztlich wohl auch Angst vor sich selbst, vor der möglichen technischen und sittlichen Unfähigkeit, die technischen Prozesse zu steuern und zu beherrschen.

Ein gleiches oder wenigstens ähnlich strukturiertes, von Angst diktiertes Sicherheitsstreben zeigt sich nicht unabhängig von diesem ersten in einem zweiten Bereich, in dem der *Beschäftigung*: Es kommt der Eindruck auf, die Technik verzehre Arbeitsplätze in großem Stil. Jedenfalls gingen durch sie mehr Arbeitsplätze verloren als durch technische Innovation neue geschaffen werden können. Man ist nicht grundsätzlich antitechnologisch eingestellt; jedenfalls die Gewerkschaften sind es nicht. Aber es geht um die eigene wirtschaftliche und soziale Existenzgrundlage, und zwar in einem sozialen Klima, in dem man an ein hohes Anspruchsniveau hinsichtlich der Einkommen, der Arbeitsplatzsicherung und der sozialen und bürgerlichen Rechte gewöhnt ist. Man erwartet die Sicherung *des* Arbeitsplatzes, den man einnimmt, mit *dem* Einkommen, das man hat, und dessen kontinuierliche Erhöhung, so wie man es gewohnt ist. Man bangt nicht um den Arbeitsplatz schlechthin und nicht um das Existenzminimum. Man will aber nicht nur eine gesicherte soziale Existenz, sondern mit Vorrang vor allen anderen Erwägungen die Sicherung dessen, was ist, dessen, was man hat.

Besonders brutal schlägt dasselbe Sicherheitsstreben in einem dritten Bereich durch: im *generativen Verhalten*. Auf den ersten Blick mag es verwundern, hier von Sicherheitsstreben im Sinne von Zukunftsangst zu sprechen. Denn zunächst deutet alles darauf hin, daß der Geburtenrückgang, der jetzt allmählich zum tagespolitischen Thema wird, „nur“ die mehr oder weniger unbedachte Folge der Veränderung der Beschäftigungs- und Sozialstruktur ist. Die erweiterten beruflichen Möglichkeiten der Frau führen weg von Kind und Haushalt. Ein neues Gleichgewicht der Arbeitsteilung von Mann und Frau hat sich noch nicht eingespielt. Die „technisch“ vereinfacht verwendbaren Mittel der Empfängnisverhütung haben sich in großen Mehrheiten der Bevölkerung durchgesetzt. Also geht es dabei doch um eine simple Reaktion auf die heutigen Möglichkeiten der Mehrung persönlichen Wohlbefindens. Sicher ist es das auch, dennoch kommt darin zwiefach ein von Zukunftsangst geprägtes Sicherheitsbedürfnis zum Ausdruck: Das erste ist sicher die Wahrung des Wohlbefindens, so wie man es versteht: mehr persönliche Freiheit, weniger Behinderung durch Rücksichten auf Dritte, weniger finanzielle und erzieherische Lasten. Es ist die Angst vor Wohlbefindensverlust. Das zweite ist aber (vorgespielt, oder weil man es redlich so meint) *Zukunftsangst* im eigentlichen Sinn: Man lehnt Kinder ab, weil man das Leben, das man führt, nicht für sinnvoll hält oder weil man Kindern die Zukunft, die man erwartet, nicht zumuten will. Ich sagte, diese Form von Sicherheitsstreben sei besonders brutal. Sie ist es, weil sie als Absage an die Zukunft Absage an das Leben überhaupt ist. Es sieht so aus, als ob man nur sich selbst zu retten hätte – „überleben“ ist dafür ein bezeichnender Ausdruck. Und man tut dies in bester, moralisch anspruchsvollster Gesinnung.

Nun ist auch diese Tendenz nicht neu, wenigstens die Wurzeln reichen vermutlich noch weiter zurück als im Falle der ersten und zweiten Tendenzwende. Aber die *Tendenzwende* liegt gerade hier in der Übersteigerung, im drohenden Umschlag ins Zukunfts- und Hoffnungslose.

2. *Unter der Decke extremer Sicherheitsbedürfnisse kündigt sich wenigstens zum Teil ein ins Irrationale übersteigter Antitechnizismus an.* Die technologischen Systeme erscheinen zwar mehr als globale Gefährdung des Menschen und seiner biologischen und sozialen Umweltbedingungen. Man erlebt die Angst davor nicht mehr nur als militärische, sondern als gesellschaftliche Bedrohung. Das Stichwort von der „neuen Maschinenstürmerei“ ist zwar nicht angemessen. Es wächst aber doch die Tendenz, die Ursachen für Mängel des Zusammenlebens und der sozialen Organisation vorwiegend in deren technischen Voraussetzungen zu suchen. An die Stelle des blinden Vertrauens in die Technik ist die Angst vor ihren negativen Wirkungen getreten. Nun gehört zwar Technikkritik in dieses Jahrhundert, auch die Angst vor unkontrollierbaren Wirkungen der Technik. Der naive Glaube, technische Entwicklung sei für sich schon die beste Garantie einer Höherentwicklung der Menschheit, war in sich irrational. Aber es ist doch auffallend, wie häufig und wo überall Heideggers zivilisationskritischer Stoßseufzer zitiert wird, da könne uns „nur noch ein Gott helfen“. Die Tendenzwende liegt auch hier im drohenden oder auch schon geschehenen Umschlag: man denkt nicht mehr entwicklungsgerichtet. Der Antitechnizismus scheint sich bis in den Alltag hinein zu einer Art Urangst zu entwickeln.

3. *Die Bereitschaft zu Mobilität scheint nicht zu-, sondern abzunehmen. Dabei sind Sicherheits- und Anspruchsdenken ineinander verknäuel.* Die Bürokratie tut ein übriges, das sich gegenseitig begründende Sicherheits- und Anspruchsdenken in Unbeweglichkeit zu verwandeln. Auf diese Weise verbindet sich die Angst vor den technischen und den sozialen Risiken zur eigenartigen Statik einer Angestelltengesellschaft. Man sucht den öffentlichen Dienst auf, wo man kann. Freie Berufe oder selbständige Existenzen werden hauptsächlich nur dort erstrebt, wo sie ein Einkommen risikofrei garantieren oder wenigstens zu garantieren scheinen. Gewiß zerstören Technisierung, Bürokratie, steigende Lohnkosten und Probleme der Finanzausstattung selbständige Unternehmungen und Existenzen vor allem im mittelständischen Bereich. Aber es fehlt auch an Risikobereitschaft, sich auf solche Neugründungen einzulassen. Zum Prototyp der Gesellschaft droht so der „pensionsberechtigte Systemverfechter“ (Wolfgang Seel) zu werden, der Sicherheit und Wohlbefinden als staatliche Versorgung mißverstehet. Berufswechsel oder auch nur Wechsel des Arbeitsplatzes erscheinen da nicht zumutbar. Nicht zufällig haben Mobilitätshilfen bisher bei der Behebung von Arbeitslosigkeit wenig bewirkt. Natürlich ist auch das alles nicht neu. Aber die Zuspitzung erfolgt in einem Maße, daß man in Zusammenhang mit den anderen Faktoren durchaus auch hier von Tendenzwende sprechen muß: Es ist der drohende Umschlag in eine Stagnation, und zwar nicht nur

wirtschaftlicher, sondern auch kulturell-gesellschaftlicher Art. Denn wenn Immobilität zum Grundtypus beruflichen und gesellschaftlichen Verhaltens wird, verliert eine Gesellschaft ihre Lebensdynamik. In diesem Sinn ist der gegenwärtig registrierte, teils auf Verwaltungshemmnisse, teils auf Kompetenzüberschneidungen, teils auf Anrufung der Gerichte zurückzuführende Investitionsstau (von 55 Millionen spricht der Verband der deutschen Industrie, das Bundeswirtschaftsministerium immerhin von 25 Millionen) wohl kaum nur ein wirtschaftliches Datum.

Doch wie immer dem sei, aus einer Mischung von Anspruch und Angst mit der Folge der Lähmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Antriebskräfte kann eine Gesellschaft nicht leben. Eine hochtechnisierte mit allseitiger Abhängigkeit und schwieriger demokratischer Konsensfindung schon gar nicht. Irgendwann muß die Stagnation zum Kollaps oder zum revolutionären Umschlag führen, im Verhältnis dazu die Revolutionsübungen im letzten Jahrzehnt (einschließlich des *politisch* bei uns vielfach überschätzten Terrorismus) und auch die jetzigen Verteilungskämpfe nur Vorspiel wären. Und wer sagt uns, daß wir nicht auf eine Art Vormärz zuzusteuern beginnen, in dem ein nicht sättigbares Anspruchsdenken bei gleichzeitig verschärfter Risikoscheu und wirtschaftlich kultureller Immobilität sich zu einem politischen Gebräu mischen, das bei zunehmendem Druck irrationaler Verhaltensweisen irgendwann überläuft.

Diese jüngste Wende kommt freilich nicht zufällig, und die vorausgegangenen sind an ihr nicht unbeteiligt. Die zweite nicht, weil sie aufkommende Ängste rational nicht bewältigte, sondern ihnen zusätzlichen Antrieb gab, teilweise sie erst in Bewegung gesetzt hat. Die erste nicht, weil sie bei aller Notwendigkeit der Wiederherstellung geschichtlicher Kontinuität selbst ein Stück weit übersteigertem Sicherheitsdenken aufgesessen ist oder solches mit begünstigt hat. Ihre Vertreter haben auch die *Angst vor den systemverändernden Kräften* übersteigert bzw. sie überschätzt, zum Teil vor ihnen einfach die Flucht in die Vergangenheit angetreten. Vielen ihrer Vertreter ging es zudem primär sozusagen nur um die Rekonstruktion des Staates; sie haben die Gesellschaft und die in ihr wirkenden Unterströmungen zu sehr aus dem Auge gelassen oder nur sehr schmale Spektren daraus unter das Vergrößerungsglas genommen.

Es bedarf also, wenn diese dritte Tendenzwende wirklich bewältigt werden soll, eines neuen Ansatzes. Wo könnte er liegen? Es fällt auf, mit welcher Häufigkeit in letzter Zeit publizistische Versuche in verschiedenen Formen auftauchen, in denen nicht nur ethische Themen behandelt werden, sondern wo man sich um eine Wiederherstellung des Ethischen bemüht. Diese Versuche gehen über die Grundwertedebatte weit hinaus. Eine *neue ethische Sensibilität* scheint jedenfalls unter den Nachdenklichen im Kommen zu sein. Man verlangt „Maß“ im Stellen von Ansprüchen; der kategorische Imperativ wird wieder zurückgeholt; von der christlichen Nächstenliebe als einer gesellschaftsgestaltenden Kraft darf auch unter Weltkindern wieder gesprochen werden. Damit ist der Weg vorge-

zeichnet. Nur kommt es nicht auf irgendein Ethos an. Die Vertreter der ersten Tendenzwende hatten und haben ihr Ethos; es ist aber übermäßig geprägt vom *Staatsethos*. Die Vertreter der zweiten Tendenzwende hatten und haben ihr Ethos; was sie aber betreiben ist vorwiegend ein Überschlag an *Gesinnungsethos* mit durchaus vereinseitigender, Anspruchsdenken ethisch übermäßig rechtfertigender Tendenz. Gesinnungspathos bleibt allzuleicht moderner Subjektivität, um nicht zu sagen, der Willkür verhaftet, erhält, ob es von rechts oder von links kommt, nach links oder rechts führt, ob es von politischen Parteien, von Gewerkschaften, von revolutionären oder populistischen Bewegungen getragen wird, Schlagseite. Es vermag den sich stauenden Irrationalismus nicht aufzulösen, popularisierte Ängste nicht einzudämmen.

Was diese dritte Tendenzwende mit ihrem Umschlag in Zukunftslosigkeit notwendig macht, ist die Rückkehr zu einem *handlungsbezogenen Verantwortungsethos*. Man kann nicht allein auf die Institutionen und auf den Staat als Träger von Ethos bauen und sich mit deren Sicherung begnügen. Man kann nicht allein auf Gesinnung setzen, weil Gesinnungen meist ideologieträchtig leicht in Radikalismus umschlagen oder sich im Nebel verlieren, auf jeden Fall rationales, verantwortliches Handeln eher erschweren. Es bedarf bei Regierten und Regierenden einer *geschärften Verantwortung für die konkrete Gesellschaft* in ihren lebenswichtigen Zentren und administrativen, kulturellen und technischen Verflechtungen: für ihre Ressourcen, für ihre Entwicklungsmöglichkeiten, ihre gemeinwohlbezogenen Ordnungen. Die politische Führung wird die notwendige Überzeugungskraft dafür leisten müssen, um der Bevölkerung und vor allem den Vertretern der verschiedensten Sonderinteressen in ihr verdeutlichen zu können, daß wir nicht durch eine Überstrapazierung der Wirtschaft durch die organisierten Interessen in eine Zweiklassengesellschaft von Organisierten und nicht Organisierbaren absinken dürfen. Sie wird auch ganz entschieden für die Einsicht werben müssen, daß es zur wirklichen Zukunftssicherung auch im Sinne der Sicherung eines freiheitlichen Systems nicht nur sozialstaatlicher Leistungen, sondern auch der persönlichen Risikobereitschaft des Bürgers bedarf. Erzieher und Volksbildner werden einige Mühe darauf zu verwenden haben, daß wieder besser verstanden wird, daß auch Großtechniken mit *praktischer Vernunft und sittlicher Urteilskraft* zu bewältigen sind, daß aber die lebenden und künftigen Generationen mit den besonderen Risiken von Großtechniken und den Wirkungen ständig notwendig werdender technischer Innovationen werden leben müssen. Und sie werden noch mehr zu verdeutlichen haben, daß gerade in einer hochtechnisierten Produktions- und Konsumgesellschaft es darauf ankommt, die sittliche Urteilskraft durch Mobilisierung des Sachverstandes und durch Prüfung bzw. Verifizierung der Interessen und Ansprüche am Gemeinwohl zu stärken. Denn Demokratie lebt letztlich nicht von Abstimmungen und noch weniger von Stimmungen, sondern von der Sachgerechtigkeit der im Konsens getroffenen Entscheidungen. D. A. Seeber